



# NEWSLETTER



KAS AUSLANDSBÜRO MADRID  
FÜR SPANIEN UND PORTUGAL

AUSGABE 3

21. Januar 2008

## Newsletter aus Madrid

### Inhalt

- **Seite 1**
  - Politisches Roulette in Madrid: Rajoys Verzicht auf Ruiz-Gallardón
- **Seite 3**
  - Alles beim alten: PP und PSOE bezichtigen sich der Lüge
- **Seite 4**
  - Ex-Endesa-Chef Pizarro wird Wirtschaftsexperte der PP
  - PSOE-Wahlprogramm fordert Abtreibungsdebatte
- **Seite 5**
  - Forumflop für Zapateros „Allianz der Zivilisationen“
- **Seite 6**
  - Spanische Nationalhymne bleibt ohne Text
- **Seite 7**
  - Träumte Franco von der Atom-bombe?
  - Porto und Galicien beschließen überregionale Parteizusammenarbeit

### >> Politisches Roulette in Madrid: Rajoys Verzicht auf Ruiz-Gallardón

Madrids Bürgermeister Alberto Ruiz-Gallardón (Foto) wird überraschenderweise keinen Platz auf den Listen der PP für die



Parlamentswahlen am 9. März erhalten. Dies entschied PP-Spitzenkandidat Mariano Rajoy in einer nüchternen Erklärung in der vergangenen Woche sechs Wochen vor den Urnengängen. Ruiz-Gallardóns innerparteiliche Gegenspielerin, die Madrider Regionalpräsidentin Esperanza Aguirre, wird ebenfalls auf ihrem Posten bleiben und nicht ins nationale Parlament wechseln. Der Ton der offiziellen PP-Pressemitteilung war betont sachlich. Der PP-Vorsitzende habe beiden Politikern für ihre „Bereitschaft gedankt“, in das Parlament zu wechseln. Für die „Interessen der Allgemeinheit und der Volkspartei“ sei es jedoch besser, wenn sie in ihren „jeweiligen Verantwortungen“ verblieben. Die Erklärung schließt mit den Worten, Rajoy habe beiden zu verstehen gegeben, das er „auf ihre Unterstützung im anstehenden Wahlkampf“ zähle. Der PP-Chef erklärte zudem, er habe die Entscheidung getroffen, die am besten für ihn selbst und für seine Partei sei.

Mitgeteilt bekam Ruiz-Gallardón die Entscheidung seines Chefs in einem 45-minütigen Acht-Augen-Gespräch am Dienstagabend im siebten Stock der Madrider PP-Parteizentrale. An diesem nahmen neben Rajoy und Gallardón auch Generalsekretär Ángel Acebes und überraschenderweise Esperanza Aguirre teil.

Der Madrider Bürgermeister hatte sich in den vergangenen Wochen und Monaten immer wieder öffentlichkeitswirksam selbst ins Gespräch gebracht und erklärt, er wolle Mariano Rajoy ins Parlament begleiten. Viele hatten hinter diesen Ambitionen die ver-

steckte Absicht gesehen, sich im Falle einer PP-Niederlage selbst für die Rajoy-Nachfolge in Position bringen zu wollen. Denn nur derjenige, der im Parlament über ein Mandat verfügt, hat eine reale Chance, den Vorsitz der Volkspartei zu übernehmen.



Dass neben Ruiz-Gallardón auch Esperanza Aguirre (Foto), die sich selbst als potentielle Nachfolgerin betrachtet, an der Sitzung in der Parteizentrale teilgenommen hat, hängt damit zusammen, dass sie ebenfalls von Rajoys Entscheidung betroffen war. Denn, so mutmaßen die Medien, habe sie, um Ruiz-Gallardón zu verhindern, Rajoy damit gedroht, selbst ein Listenplatz anzustreben, sollte ihr parteiinterner Gegner Ruiz-Gallardón auf die Liste gesetzt werden. Für Rajoy hätte dies einen politischen „Super-Gau“ bedeutet, denn damit hätte er sowohl auf regionaler als auch auf kommunaler Ebene zwei Spitzenpolitiker in Madrid verloren, die erst im vorigen Jahr absolute Mehrheiten für die PP eingeholt hatten. Durch den Zwist der beiden Madrilenen geriet Rajoy unweigerlich in die Zwickmühle. Denn einerseits gilt der liberal orientierte Ruiz-Gallardón als besonderes Zugpferd innerhalb der Partei, der PSOE-Wechselwähler auf seine Seite zu ziehen weiß, und andererseits kann er es sich nicht leisten, auf die beiden Madrilenen in ihren Ämtern zu verzichten. Zwar könnte theoretisch Ruiz-Gallardón ein Doppelmandat als Bürgermeister und Abgeordneter im spanischen Parlament ausüben, doch dies wäre lediglich temporär, da es Ruiz-Gallardón bekanntlich nur darum ginge, die Rajoy-Nachfolge nach einer PP-Niederlage anzutreten. Rajoy musste daher die Reißleine ziehen.

Die Aussage Rajoys, die beste Entscheidung für sich selbst getroffen zu haben, interpretiert die katalanische „La Vanguardia“ als Eingeständnis des PP-Chefs, niemand in seinem Team haben zu wollen, dessen wahr-

## NEWSLETTER

## AUS MADRID

AUSGABE 3 |

21. JANUAR 2008

[www.kas.de/Spainen](http://www.kas.de/Spainen)

re Absicht es sei, ihn im Falle einer Wahlniederlage zu ersetzen. Im Übrigen wäre durch den möglichen Rücktritt beider PP-Spitzenpolitiker in Madrid, um Abgeordnete zu werden, deutlich geworden, dass schon jetzt mit einer Niederlage Rajoy's und der PP zu rechnen sei.

Über die Reaktionen der beiden Kontrahenten Aguirre und Ruiz-Gallardón wissen die Medien Kurioses zu berichten. So zitiert die regierungsnahe Zeitung „El País“ aus dem Gespräch der beiden Madrilenen, die alleine im Aufzug der Parteizentrale gewesen sein sollen, dass die Regionalpräsidentin folgende Worte an den Bürgermeister gerichtet habe: „Nimm das nicht so schwer, Alberto. Wenn Mariano gewinnt, kannst Du Vize-Regierungschef werden, wenn er Dich darum bittet. Und wenn er verliert, sind wir beide in der gleichen Situation“. Genauso interessant ist die Frage, woher „El País“ die Information hat, dass Ruiz-Gallardón im Acht-Augen-Gespräch auf die Nachricht von seiner Nichtberücksichtigung mit dem Ausruf reagiert haben soll: „Das ist eine Falle! Das kann nicht sein! Das könnt ihr mir nicht antun!“



Der Verzicht Rajoy's (Foto) auf Ruiz-Gallardón ist eine faustdicke Überraschung. Allgemein hatten politische Beobachter erwartet, Rajoy werde seinen zwar manch-

mal unbequemen aber im Volk beliebten Bürgermeister einsetzen, um moderate Wähler der politischen Mitte anzuziehen. Die gegenteilige Entscheidung Rajoy's versetzte das politische Spanien in umso hellere Aufregung.

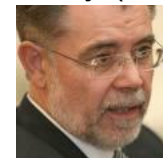
Ruiz-Gallardón selbst reagierte enttäuscht und „traurig“. „In der Politik gewinnt man manchmal und manchmal verliert man“, so der Bürgermeister einen Tag nach der Entscheidung, „und in diesem Fall hat der, der zu Ihnen spricht, verloren“. Er kündigte daraufhin seinen Rückzug aus der Politik an. Seine Kurzschlussaussage revidierte er jedoch später und erklärte er, am Tag der Wahlen werde er eine „Denkpause“ über seine eigene politische Zukunft einlegen.

PP-intern schlossen die meisten Politiker die Reihen hinter ihrem Parteichef. Javier Arenas, PP-Spitzendkandidat für die Regionalwahlen in Andalusien, lobte die Entscheidung Rajoy's als „richtig“ und PP-



Wahlkampfchef Pio García-Escudero (Foto) erklärte, Entscheidungen müssten „im allgemeinen Interesse der Partei und nicht aufgrund von persönlichem Ehrgeiz“ getroffen werden. Der Erste stellvertretende PP-Fraktionsvorsitzende Jorge Fernández Díaz kritisierte Ruiz-Gallardón für seine Einstellung: „Wenn ich keinen Listenplatz bekomme, ziehe ich mich aus der Politik zurück“. Einzig PP-Ehrenpräsident Manuel Fraga schlug sich öffentlich auf die Seite des Bürgermeisters, als er zu bedenken gab, die Entscheidung Rajoy's werde der PP „viele Stimmen“ kosten.

Für die regierenden Sozialisten, die sich angesichts der Umfragen nicht siegesicher fühlen, ist die Bekanntgabe Rajoy's ein gefundenes Fressen. Denn der parteiinterne Streit schwächt nicht nur die Aussichten der Volkspartei auf einen Sieg am 9. März, sondern die Entscheidung Rajoy's lässt sich als Richtungsstreit innerhalb der PP interpretieren. So konstatierte PSOE-Fraktionschef Diego López-Garrido eine „Radikalisierung“ der PP. Der dem linken Parteiflügel angehörende Justizminister Mariano Fernández Bermejo (Foto) wurde noch deutlicher: „Das



Problem der politischen Rechten des Herrn Rajoy ist es, dass sie so rechts, so ultra-rechts ist, dass sie nicht einmal Platz für einen Mann der rechten Mitte hat, wie Herr Ruiz-Gallardón einer ist“. In einer Pressemitteilung brachte die PSOE zudem ihren Glauben daran zum Ausdruck, dass es in Wirklichkeit der ehemalige Ministerpräsident José María Aznar sei, der die Kandidaten der PP „erkenne“ und dass Aznar weiterhin über Rajoy „bestimme“.

Die liberale Zeitung „El Mundo“ sieht dies anders. Mariano Rajoy habe mit seiner Entscheidung Autorität bewiesen. Rajoy gebe das Bild eines „selbtsicheren“ Kandidaten ab, der „davon überzeugt ist, die Wahlen zu gewinnen“. Auch wenn El Mundo kritisiert, dass die Entscheidung Rajoy's erst so spät kommt, glaubt das Blatt nicht, dass sie der PP Stimmen kosten könnte. Gallardón stehe jetzt vor der Entscheidung, sich entweder „zum Märtyrer“ zu machen oder aktiv am Wahlsieg der PP mitzuarbeiten und so zu

## NEWSLETTER

## AUS MADRID

AUSGABE 3 |

21. JANUAR 2008

[www.kas.de/Spainen](http://www.kas.de/Spainen)

beweisen, dass er für künftige Führungsaufgaben geeignet sei.

Die konservative Zeitung „ABC“ verteidigt den Madrider Bürgermeister: „Ruiz-Gallardón wäre ein guter Kandidat der PP für das Parlament gewesen, weil er das Modell einer liberalen Rechten verkörpert, das seinen Platz in der PP haben sollte“. Gleichzeitig verteidigte die ABC aber auch das Recht des Parteivorsitzenden Mariano Rajoy, Entscheidungen nach seinem Gutdünken zu treffen. Letztlich seien es die Wähler, die jetzt zu entscheiden hätten, ob Rajoy richtig oder falsch gelegen habe.

Von einer „schmerzhaften und erniedrigenden Niederlage“ Gallardóns sprach die PSOE-nahe Zeitung „El País“. Sie legt die Entscheidung als „Feigheit“ Rajoys aus. Der PP-Chef habe seine Partei in eine „schwere Krise“ gestürzt, indem er dem Druck des „radikalsten Sektor“ der Volkspartei nachgegeben habe. Auch die katalanische Zeitung „La Vanguardia“ teilt die Auffassung, die Hardliner der PP hätten sich durchgesetzt: „Hier gab es einen Krieg, und es ist offensichtlich, wer den Sieg davonträgt: der härteste Sektor der PP“.



Es scheint momentan schwer zu beurteilen, welche Auswirkungen die Entscheidung Mariano

Rajoys auf die Wahlaussichten seiner Partei haben wird. Alberto Ruiz-Gallardón ist für den PP-Chef ein zweischneidiges Schwert. Zum einen ist er parteiübergreifend sehr beliebt und verkörpert ein gemäßigtes Gesicht der PP, zum anderen verfügt er parteiintern jedoch über wenig Unterstützung. Es wird ihm zur Last gelegt, dass er unberechenbar sei und lieber den Weg über die Medien gehe, als sich an parteiinterne Vorgaben zu halten. Zudem verfüge er über einen extremen Ehrgeiz, der mit ihm immer wieder durchgehe und die PP als Ganze gefährde.

Ohne Ruiz-Gallardón ist das PP-Wahlteam sicherlich homogener und berechenbarer. Gleichzeitig ist sie weniger pluralistisch und damit weniger offen für verschiedene Meinungen. Der Verzicht auf Ruiz-Gallardón mobilisiert den harten PP-Wählerstamm, dem der in vielerlei Hinsicht zu liberale Bürgermeister ein Dorn im Auge ist.

Mariano Rajoy hat sich entschieden, politisches Roulette zu spielen. Statt alle Sekto-

ren seiner Partei gleichermaßen zu bedienen, setzt er auf Homogenität und Mobilisierung der Stammwähler. Im Fall einer geringen Wahlbeteiligung könnte diese Strategie erfolgreich sein. Ist sie es nicht, wird die PP in Mariano Rajoy schnell einen persönlichen Schuldigen für eine eventuelle Niederlage an den Urnen finden.

## >> Alles beim alten: PP und PSOE bezichtigen sich der Lüge

Ministerpräsident Zapatero hat am 14. Januar offiziell das Ende seiner Legislaturperiode eingeläutet. Feierlich setzte er die Neuwahl des Parlaments, wie bereits zuvor bekannt gegeben, auf den 9. März fest und verkündete die Auflösung des Parlaments. Gleichzeitig verteidigte er die eigene Regierungsführung und erklärte, er sei „motivierter denn je“, die anstehenden Wahlen mit Erfolg zu bestehen. Kurz zuvor hatte der Regierungschef bei einer Veranstaltung in Madrid seine eigene Partei auf den Wahlkampf eingeschworen. Den schwarzen Peter für die Polarisierung und Spaltung der spanischen Gesellschaft („crispación“) schob



Zapatero (Foto) der PP zu. An dieser Polarisierung, so der Regierungschef, werde sich nur

dann etwas ändern, wenn die „Polarisierer“ am 9. März verlören, „und wenn sie deutlich“ verlören. Nur die PSOE könne das friedliche Zusammenleben aller sozialen, wirtschaftlichen und politischen Gesellschaftssektoren gewährleisten. Es sei deshalb die Zeit für die Sozialisten gekommen, „aufzustehen, das Wort zu ergreifen und mit lauter Stimme Erklärungen zu verlangen und die Lügen der PP anzuklagen“. Die PP habe „das Volk belogen“, als sie in der Regierung gewesen sei und „lüge immer noch“ hinsichtlich der spanischen Außenpolitik und dem, „was in unserem Land geschieht“.

Einmal der „Lüge“ angeklagt, ließ die Volkspartei mit ihrer Antwort nicht lange auf sich warten und zahlte den Vorwurf mit gleicher Münze heim. PP-Generalsekretär Ángel Acebes stellte ein PP-Dokument unter dem Titel „Die 20 Lügen der Regierung und der PSOE hinsichtlich des Attentats auf T-4“ vor. Darin werden zwanzig angeblich bewusste Falschaussagen im Zusammenhang mit dem tödlichen ETA-Attentat auf das Parkhaus des Terminals 4 des Madrider Hauptstadtflughä-

## NEWSLETTER

## AUS MADRID

AUSGABE 3 |

21. JANUAR 2008

[www.kas.de/Spainen](http://www.kas.de/Spainen)

fens Barajas am 30. Dezember 2006 zusammengestellt. So habe Zapatero beispielsweise nach dem Anschlag erklärt, jegliche Verhandlungen mit der ETA einzustellen. Die Regierung habe vielfach versichert, keinen Dialog mehr mit der ETA zu führen und ihren „Friedensprozess“ zu beenden. Nichts desto trotz seien die Kontakte zur ETA jedoch weitergegangen. Acebes (Foto)



fasste zusammen: „Dadurch, dass Zapatero während des gesamten Prozesses und auch noch nach dem zweifach tödlichen Anschlag auf das Terminal 4 gelogen hat, ist er vollkommen disqualifiziert dafür, der spanischen Regierung vorzustehen“. Der Regierungschef verfüge nicht einmal mehr über die „minimalste Glaubwürdigkeit“ und seine „wahre Absicht“ sei es, die Verhandlungen mit der ETA wieder aufzunehmen.

Je näher der Wahlkampf rückt, desto härter werden Rhetorik und Polemik. Und wie so oft in den vergangenen vier Jahren können sich beide Seiten nicht besser helfen, als den politischen Gegner der „Lüge“ anzuklagen. Darunter leidet nicht nur das politische Klima in Spanien, sondern auch die Bereitschaft, offen und sachlich über die Probleme des Landes und seiner Menschen zu diskutieren. Gäbe es in Spanien das „Unwort“ der Legislaturperiode, würde sicherlich die Wahl auf „mentira“ (Lüge) fallen

### >> Ex-Endesa-Chef Pizarro wird PP-Wirtschaftsexperte

Des einen Freud, des anderen Leid. Während Alberto Ruiz-Gallardón keinen Platz auf der Kandidatenliste der Madrider PP für das Parlament bekam, fand sich dort ein Name wieder, mit dem bisher keiner gerechnet hatte. Der ehemalige Vorsitzende des Energieversorgers Endesa, Manuel Pizarro (Foto),



wird unmittelbar hinter Rajoy den zweiten Platz auf der Kandidatenliste einnehmen. Beobachter werten diesen Schachzug als Versuch des PP-Chefs, die Bedeutung der Wirtschaftspolitik in einer künftigen PP-Regierung zu unterstreichen und den in die Privatwirtschaft abgewanderten Rodrigo Rato zu kompensieren. Sogleich wurde deshalb auch spekuliert, Pizarro solle im Falle eines Wahlsieges wie ehemals Rato Super-

minister für Wirtschaft und Finanzen werden.

Bei der offiziellen Vorstellung Pizarros zeigte sich Rajoy begeistert darüber, dass Pizarro als Vertreter der Zivilgesellschaft den Schritt in die Politik gewagt habe. Gleichzeitig würdigte er „das über jeden Zweifel erhabene Wissen, die eigene Meinung und die unter Beweis gestellte Eignung“ Pizarros für seine neue Aufgabe. Der Gelobte versprach in Fußballersprache, wie jeder andere alles für den Sieg zu geben und dabei sein „Trikot durchzuschwitzen“. Bereits zuvor hatte er angekündigt, für die Wahlen seine derzeitige Tätigkeit als Berater des spanischen Telekommunikationsriesen „Telefónica“ aufzugeben.

Scharfe Kritik an Pizarros Nominierung kam vom politischen Gegner. PSOE-Organisationssekretär José Blanco bezeichnete den Aznar-Freund Pizarro als „kapitalistischen Hai“. Allein die Vorstellung Pizarros als Wirtschaftsminister sei der „blanke Horror“. Vize-Regierungschefin María Teresa Fernández de la Vega kritisierte die angeblich mangelhafte Transparenz Pizarros. Bereits während seiner Zeit als Endesa-Chef habe er nebenbei für die Politik gearbeitet.



Für die PSOE steht der Wirtschaftsexperte deshalb für eine Vermischung von Geschäften und Politik. Als Endesa-Chef hatte Pizarro den Zorn der Sozialisten auf sich gezogen, indem er die von der Regierung verhinderte Übernahme des Energieversorgers durch E.ON im Februar 2006 unterstützt hatte.

Die liberale „El Mundo“ beschreibt den 57-jährigen als „radikalen Reformen“, der es für sinnlos halte, wenn der Staat versuche, in die globalisierte Wirtschaft einzugreifen. Zwar mangle es Pizarro oft am richtigen politischen Scharfblick, er sei jedoch ein „Pragmatiker“, der durch seine „konziliante Art“ auch mit den regionalen Nationalisten zu Einigungen fähig sei.

### >> PSOE-Wahlprogramm fordert Abtreibungsdebatte

Die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens (PSOE) hat eine erste Kurzfassung ihres Wahlprogramms vorgestellt. Dabei versucht sie den Spagat zwischen dem, was sie unter einer gesellschaftlich progressiven Politik versteht und einer Ausweitung der sozialpo-

## NEWSLETTER

## AUS MADRID

AUSGABE 3 |

21. JANUAR 2008

[www.kas.de/Spainen](http://www.kas.de/Spainen)

litischen Wohltaten. So soll der Mindestlohn von rund 670 auf 800 Euro erhöht und die Elternteilzeit ausgeweitet werden. Zudem soll der Sonderurlaub nach Elternschaft von derzeit zwei auf vier Wochen verlängert werden. Auch homosexuelle „Ehepaare“, die ein Kind adoptiert haben, sollen in den Genuss dieser Regelung kommen.

Im Vorfeld der Bekanntgabe war jedoch die Frage am schärfsten diskutiert worden, ob die PSOE auf eine Änderung des derzeit gültigen Abtreibungsgesetzes im Sinne einer Fristenlösung drängen soll. Die Antwort lautet „jein“. So wird das Wahlprogramm Presseberichten zufolge eine „Debatte“ über ein solches neues Abtreibungsrecht fordern. Bisher die ist Abtreibung zwar grundsätzlich verboten; im Falle einer Gefährdung der physischen oder psychischen Gesundheit der Frau ist sie jedoch ohne Zeitbegrenzung möglich, was das Land in der Praxis zu einem der permissivsten in Europa macht. In den letzten Wochen waren mehrere Abtreibungszentren wegen Dokumentenfälschung und Beschäftigung medizinisch unqualifizierten Personals von den zuständigen Behörden geschlossen worden, worauf die Abtreibungskliniken eine „Verfolgung“ witterten und eine Woche streikten.

Die Regierung stellte sich unterdessen grundsätzlich hinter die Abtreibungskliniken. So empfingen Gesundheitsminister Bernat Soria (Foto) und Justizminister Mariano Fernández Bermejo Vertreter des Verbandes der Abtreibungskliniken ACAI und von einzelnen Zentren, darunter solche, gegen die polizeiliche Ermittlungen laufen. Gesundheitsminister Soria zeigte sich „sehr besorgt und verständnisvoll“ für die Anliegen der Abtreibungskliniken. Auch Zapateros Stellvertreterin María Teresa Fernández de la Vega erklärte mit Hinblick auf die Abtreibung, die PSOE werde „nicht zulassen, dass fundamentale Frauenrechte von Regierungen und keiner anderen Staatsgewalt verletzt“ würden.

Der spanische Familienverband „Foro español de la Familia“ sieht in diesen Worten eine „Einmischung“ der Regierung in einen laufenden juristischen Prozess, wie dessen Präsident Benigno Blanco in Madrid erklärte. Es sei in



So empfingen Gesundheitsminister Bernat Soria (Foto) und Justizminister Mariano Fernández Bermejo Vertreter des Verbandes der Abtreibungskliniken ACAI und von einzelnen Zentren, darunter solche, gegen die polizeiliche Ermittlungen laufen.

**foro** español de la familia

einer Demokratie „beispiellos“, dass im Zuge juristischer Ermittlungen die Regierung auf Richter Druck ausübe und sich mit „mutmaßlichen Straftätern“ treffe. Damit bezog er sich auf das Gespräch des Gesundheitsministers mit Vertretern der Abtreibungskliniken.

Der katholisch-konservativen Zeitung ABC zufolge werden derartige Kontroversen genauso wie der offene Streit mit der katholischen Kirche der PSOE Wähler kosten. Das Blatt beruft sich auf eine demoskopische Studie, nach der rund eine halbe Million Katholiken, die 2004 die Sozialisten gewählt haben, dies jetzt nicht mehr tun würden.

### >> Forumflop für Zapateros „Allianz der Zivilisationen“

Mit großem Sicherheitsaufwand fand in der vergangenen Woche in Madrid das erste Forum der umstrittenen „Allianz der Zivilisa-



ALLIANCE OF CIVILIZATIONS

tionen“ statt. Ziel der Initiative, die 2004 auf Vorschlag der spanischen und türkischen Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero (Foto) und Recep Tayyip Erdogan gegründet wurde, ist es, die kulturellen und religiösen Unterschiede zwischen Orient und



Okzident zu überwinden. Auf dem Madrider Messegelände „Campo de las Naciones“ trafen sich 350 Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft, Kirchen, Jugendverbänden und Medien,

um den Dialog der Religionen und Kulturen voranzubringen. Zu den prominentesten Teilnehmern zählten neben UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon und dem türkischen Premier Erdogan der ehemalige portugiesische Staatspräsident Jorge Sampaio, der Hoher Repräsentant des Projekts ist, Königin Nur von Jordanien, Irlands ehemalige Präsidentin und bis 2002 Hochkommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen, Mary Robinson, sowie der brasilianische Schriftsteller Paulo Coelho. Trotz manch klangvoller Namen blieb die Präsenz hochrangiger Vertreter jedoch weit hinter den Erwartungen. Lediglich die Staatsoberhäupter Senegals, Finnlands und Sloweniens zeigten sich in der spanischen Metropole. Sie spanische Regierung zeigte sich darüber

## NEWSLETTER

## AUS MADRID

AUSGABE 3 |

21. JANUAR 2008

[www.kas.de/Spainen](http://www.kas.de/Spainen)

enttäuscht, dass weder die Deutschland noch Frankreich Vertreter zu dem Forum entsandt hatten. Ebenso blieben die USA dem Treffen fern, die zunächst auf konkrete Vorschläge warten wollen. Ob der mangelnden Präsenz hochrangiger Teilnehmer, spottete die konservative Internetzeitung „Liberdad Digital“, Zapatero habe seine „Allianz der Zivilisationen“ vor „Maoris und Pfadfindern“ vorgestellt. Selbst die sonst so regierungsfreundliche Tageszeitung „El País“ kommentierte die Bilanz des Forums eher kritisch mit den Worten: „Zapateros außenpolitisches Prestigeprojekt läuft stockend an“.

Ebenso steht die Finanzierung von Zapateros Initiative in der Kritik. Während die „El Mundo“ von einer zaghafte finanziellen Unterstützung für das Projekt spricht – im Jahr 2007 steuerten die Geberländer nur 7 Mio. Euro bei –, beliefen sich laut Informationen der Nachrichtenagentur „Europa Press“ die Kosten für das Madrider Forum auf 2,6 Mio. Euro.

Fatal wirkte sich der in Spanien tobende Wahlkampf für das Forum aus. Angesichts des Zeitpunktes der Veranstaltung mitten im Vorwahlkampf war es ein Leichtes, Zapatero zu unterstellen, das Forum für Wahlkampfzwecke zu missbrauchen. Zudem ließ die PP genau während der Veranstaltung die politische Bombe mit Alberto Ruiz-Gallardón platzen, so dass die „Allianz der Zivilisationen“ in der Medienberichterstattung völlig davon überlagert wurde. Schließlich nutzte die katholisch ausgerichtete Zeitung „ABC“ genüsslich die Gelegenheit, die „Allianz der Zivilisationen“ mit Zapateros Kirchenkritik und dem von der PSOE immer wieder proklamierten Laizismus in Verbindung zu bringen. Auf zwei Seiten interviewte sie den Historiker Felipe Fernández-Armesto zu diesem Thema und stellte das Interview unter die Überschrift: „Allianz der Zivilisationen und Laizismus sind sich gegenseitig ausschließende Begriffe“.

Gustavo de Arístegui (Foto), außenpolitischer Sprecher der PP-Fraktion im spanischen Parlament, kritisierte die mangelnde Klarheit im Konzept der „Allianz der Zivilisationen“. Es könne nicht sein, dass ein Land wie der Iran zur informellen Gruppe der Freunde der „Allianz der Zivilisationen“ gehöre, ob-



wohl es „fundamentale Rechte und Freiheiten“ nicht respektiere. Eine Allianz, die nicht wisse, wo sie hinwolle, sei zum Scheitern verurteilt.

Ministerpräsident Zapatero hingegen verteidigte die Ergebnisse des Forums. Zahlreiche Vorschläge zur Konkretisierung der „Allianz der Zivilisationen“ seien unterbreitet worden. Sehr zufrieden zeigte sich der türkische Regierungschef Erdogan, denn er erhielt unterstützende Worte seines spanischen Amtskollegen Zapatero zum EU-Beitritt der Türkei: "Der EU-Beitritt der Türkei ist eine der wichtigsten Weichenstellungen für die Zukunft der Union und die internationale Stabilität."

## >> Spanische Nationalhymne bleibt ohne Text

Spaniens textlose Nationalhymne „Königlicher Marsch“ bleibt vorerst rein instrumental. Nach breiter Kritik und vielen Diskussionen wurde der vom Nationalen Olympischen Komitee (COE) eingebrachte Textvorschlag (siehe Newsletter aus Madrid 2/2008) wieder verworfen. Eine für den 21. Januar geplante Gala mit dem spanischen Startenor Plácido Domingo, bei der der neue Hymnentext feierlich vorgestellt werden sollte, wurde abgesagt.

Der Text war vom arbeitslosen, 52-jährigen Paulino Cubero verfasst worden und hatte sich gegen rund 7.000 Mitbewerber vor einer Kommission durchgesetzt. Der Präsident des COE, Alejandro Blanco, erklärte, der Textvorschlag sei jedoch nicht auf einen breiten Konsens gestoßen. Im Gegenteil habe er dazu geführt, dass von der „Einigkeit“, die der Text fordere, nicht die Rede sein könne. Daher werde das COE ihre Initiative beenden, für den vierstrophigen Text die für eine entsprechende parlamentarische Gesetzesinitiative notwendigen 500.000 Unterschriften zu sammeln.

Sowohl die sozialistische Regierung als auch die konservative Opposition hatte sich von dem Textvorschlag distanziert. Auch im Volk war er auf wenig Gegenliebe gestoßen. So war zu hören, der Text sei zu verstaubt, zu pathetisch, zu banal. Außerdem erinnere die Textpassage „¡Viva España!“ zu sehr an alte Zeiten, vor allem an die Ausrufe aus der Franco-Diktatur („¡Arriba España! ¡Viva Es-



## NEWSLETTER

## AUS MADRID

AUSGABE 3 |

21. JANUAR 2008

[www.kas.de/Spainen](http://www.kas.de/Spainen)

Konrad  
Adenauer  
Stiftung

## Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Auslandsbüro Madrid  
V.i.S.d.P: Michael Däumer  
Redaktion: Michael Däumer/  
Sebastian Grundberger/ Oliver  
Krumme  
Plaza de Castilla, 3, 16-D 2  
28046 Madrid, Spanien  
Tel: (+34) 91 579 61 86  
Fax: (+34) 91 571 86 12  
Email: [info@fka-madrid.org](mailto:info@fka-madrid.org)  
Web: [www.kas.de/Spainen](http://www.kas.de/Spainen)

paña!"). Einige Passagen des Textvorschla-  
ges ähneln offenbar einem während der  
Diktatur von Miguel Primo de Rivera (1923-  
1930) verfassten Hymnentext. Dieser histo-  
rische Hintergrund mache es schwierig, die  
aus „alter Zeit“ stammende Hymne mit dem  
modernen Spanien zu verbinden, so Kriti-  
ker.

Die Melodie der spanischen Nationalhymne  
„Marcha Real“ (Königlicher Marsch) selbst  
ist bereits 250 Jahre alt, allerdings ist ihr  
genauer Ursprung nicht bekannt. Die Partit-  
tur wurde erstmals 1761 gedruckt. Nach  
dem Scheitern des Textes werden spanische  
Sportler ihre Hymne wohl weiterhin nicht  
mitsingen, sondern nur mitsummen können.

### >> Träumte Franco von der A- Bombe?

Der 1975 verstorbene spanische Diktator



Francisco Franco (Foto) soll  
Pläne zur Entwicklung von  
Atomwaffen verfolgt haben.  
Dies berichtet zumindest die  
Tageszeitung „El País“ unter  
Berufung auf streng geheime Informationen  
des US-amerikanischen Geheimdienstes CIA  
aus dem Jahr 1974. Demnach habe Franco  
ein Programm verfolgt, Spanien mit einem  
eigenen Nuklearwaffenarsenal zu versorgen.  
Dieses Programm, so das Geheimdokument,  
verdiente die „Aufmerksamkeit“ der USA.  
Zweck der Bestrebungen sei es demnach  
gewesen, dem weltpolitisch weitgehend iso-  
lierten Franco-Spanien mehr Bedeutung in  
der internationalen Gemeinschaft zu ver-  
schaffen und sich gegenüber eventuellen  
Gefahren aus Nordafrika abzusichern. Vor  
allem habe das Regime so die nordafrikani-  
schen Exklaven Ceuta und Melilla schützen  
wollen. Allein das damals verfügbare Uran-  
und Nuklearpotenzial in Spanien habe für  
die Verwirklichung dieser Pläne ausgereicht.



Der CIA zufolge verfügte  
Spanien über mittlere Uran-  
Reserven und ausgebaute  
Entwicklungskapazitäten.

Dazu gehörten drei operative  
Atomreaktoren, sieben in Konstruktion be-  
findliche und 17 geplante Anlagen. Zur da-  
maligen Zeit sei Spanien neben Ägypten,  
Iran, Südkorea, Pakistan und Brasilien von  
den USA als Staat betrachtet worden, der  
nach damaliger Einschätzung innerhalb ei-

nes Jahrzehnts ein eigenes Nuklearprog-  
ramm hätte entwickeln können.

Nach Angaben des 50-seitigen Geheimdo-  
kuments habe sich die Franco-Regierung zu  
dem Zeitpunkt geweigert, den Vertrag zur  
Nichtverbreitung von Atomwaffen zu unter-  
zeichnen. Nach Angaben des ehemaligen



Vorsitzenden des spanischen Nuklearsicher-  
heitsrates (CSN),  
Donato Fuejo, sei  
eine Unterzeichnung

des Non-Proliferations-Abkommens mit den  
Plänen Francos nicht vereinbar gewesen.

Die „El País“ verweist darauf, dass nicht erst  
das neue CIA-Dokument spanische Pläne  
zur Atomwaffenbeschaffung bestätigt habe.  
Bereits 1987 habe „El País“ Informationen  
über ein solches Programm aufgedeckt.

### >> Porto und Galicien be- schließen überregionale Partei- enzusammenarbeit

In der nordportugiesischen Hafenstadt Porto  
hat die konservative Partei PSD vergange-  
nen Dienstag die Gründung einer gemein-  
samen Arbeitskommission mit der galici-  
schen PP beschlossen. Damit sollen die seit  
2002 bestehenden Verbindungen zwischen  
den Zweigen der beiden Parteien in den Re-  
gionen Porto und Galicien verstärkt werden.  
Vorsitzender der neuen Arbeitskommission  
soll der Generalsekretär der galicischen PP,  
Alfonso Valenzuela, werden. Als stellvertre-  
tender Vorsitzender wurde der portugiesi-  
sche Abgeordnete Agostinho Branquinho  
berufen. Inhaltlich soll sich die Kommission  
vor allem mit den Themen politische Bil-  
dung, Globalisierung und neue Technologien  
beschäftigen. Ebenfalls im Fokus der Ar-  
beitsgruppe steht die Förderung einer Parti-  
zipation von Frauen an der Politik. Die gren-  
züberschreitende Kooperation zwischen  
Spanien und Portugal wurde noch durch ei-



ne weitere Entwicklung  
verstärkt. Luís Filipe Me-  
nezes (im Foto mit Dr.  
Angela Merkel), PSD-  
Vorsitzender und gleichzeitig Vorsitzender  
der grenzüberschreitenden Vereinigung der  
Atlantikanrainer, vereinbarte mit Vertretern  
der Recyclingunternehmen „Sociedade Pun-  
to Verde“ (in Portugal vergleichbar mit dem  
Grünen Punkt) und der spanischen „Ecoem-  
balajes España“ ein Abkommen über Zu-  
sammenarbeit im Recyclingbereich.